

WOCHENRÜCKBLICK



Echter Schutz von Frauen statt digitale Symbolpolitik

Aufgrund der aktuellen Debatte und der Vorwürfe der Schauspielerin Fernandes gegen ihren Ex-Ehemann meldete sich Bundesjustizministerin Hubig zu Wort und kündigte ein digitales Gewaltschutzgesetz an, das ihren Angaben zufolge bereits fast fertig in der Schublade liege.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, erklärt, dass Hubig besser die realen Gefahren und die Ursachen sexueller Gewalt gegen Frauen in den Blick nehmen sollte:

„Statistisch betrachtet kommt es jeden Tag in Deutschland zu zwei Gruppenvergewaltigungen. Die Hälfte der Täter verfügt dabei nicht über die deutsche Staatsangehörigkeit und stammt aus Syrien, Afghanistan, dem Irak und der Türkei. Während nun über eine Klarnamenpflicht im Internet diskutiert und der Fall Ulmen/Fernandes für geplante Verschärfungen in der digitalen Welt herangezogen wird, plädieren wir für eine Klarnamenpflicht bei der Einreise nach Deutschland. Sollten Strafbarkeitslücken im digitalen Leben aufgrund neuer Technologien bestehen, so müssen diese natürlich analysiert und gegebenenfalls geschlossen werden. Schnellschüsse und orchestrierte Kampagnen sind dabei aber nicht hilfreich.“





Wirtschaft insgesamt entlasten – nicht einzelne Unternehmen begünstigen
Im vergangenen Jahr 2025 hat die Bundesregierung rund 835,2 Millionen Euro an große, im Deutschen Aktienindex (DAX) gelistete Konzerne und Unternehmen, als „Bundesförderung“ ausgezahlt. Den größten Anteil erhielten Infineon mit etwa 358,5 Millionen Euro, und damit knapp das Doppelte wie im Jahr 2024, sowie RWE mit knapp 170 Millionen Euro und damit mehr als das Doppelte von 2024. Gegenüber 2024, als die DAX-Unternehmen insgesamt rund 690 Millionen Euro bekamen, ist damit ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Für das Jahr 2026 werden gebundene Mittel von über 883 Millionen Euro für DAX-Konzerne angegeben. Auch Unternehmen aus dem Nebenwerteindex MDAX profitierten von staatlichen Zuwendungen: 2025 summierten sich diese auf rund 138,4 Millionen Euro, für 2026 ist mit nahezu 405 Millionen Euro zu rechnen. Den mit Abstand größten Betrag erhielt hierbei Thyssenkrupp mit über 95 Millionen Euro. Aber auch für Unternehmen im Kleinwerteindex SDAX wurden im vergangenen Jahr insgesamt etwa 295 Millionen Euro an Bundesförderung verzeichnet, wobei die Salzgitter AG mit 262,8 Millionen Euro den größten Anteil bekam.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, kommentiert die Zahlen wie folgt:

„Es ist kaum nachvollziehbar, dass große Konzerne und Unternehmen, die teils erhebliche Gewinne erzielen, jährlich mit hunderten Millionen Euro aus Steuermitteln unterstützt werden und die Bundesregierung nicht einmal konkretisiert, wofür. Es besteht vielerorts erheblicher Investitionsbedarf, öffentliche Mittel sind knapp. Da wäre es deutlich sinnvoller, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen insgesamt zu verbessern – etwa durch steuerliche Entlastungen und weniger Bürokratie für alle Unternehmen. Statt Millionenzuwendungen an milliardenschwere Konzerne braucht es eine breit angelegte Wirtschaftspolitik, die sämtliche Unternehmen und Unternehmer, vor allem aber kleine und mittlere, stärkt.“

Schlechte Entscheidung des Haushaltsausschusses im Deutschen Bundestag für Zeulenroda-Triebes

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hatte 2021 Mittel in Höhe von rund 1,7 Millionen Euro für die Sanierung des Hallenbades bewilligt. Da die Stadtwerke Zeulenroda GmbH im April 2024 Insolvenz angemeldet haben und die Stadt das Gebäude nicht erwerben konnte, beantragte sie einen Projektwechsel zur Sanierung der Stadthalle. Dieser Antrag aus Zeulenroda-Triebes wurde nun im Haushaltsausschuss von CDU/CSU, SPD und Grünen abgelehnt – das Geld bleibt damit für ein Projekt gebunden, das faktisch nicht mehr realisiert werden kann.

Stephan Brandner, direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis 193, zu dem Zeulenroda-Triebes gehört, zeigt sich entsetzt über diese Entscheidung:

„Es ist ein sehr ungewöhnlicher Vorgang, dass dieser Projektwechsel abgelehnt wurde. Die Bürger der Region sollten diesbezüglich die Ostbeauftragte, die sich angeblich immer so für die Region, in der sie sich zur Wahl gestellt hat, engagiert, direkt darauf ansprechen. Der Stadt geht jetzt eine große Summe verloren, die sie dringend gebraucht hätte – und das ohne sachliche Argumente, aus reiner Sturheit. Die Ostbeauftragte klemmt sich gern sogenannte ‚Erfolge‘ ans Revers, wenn Steuermittel in unsere Region kommen. Dass die Koalition dieses Großprojekt jetzt aber mutwillig verhindert, hat sie offenbar versäumt zu erwähnen. Nach dem Aus für das Waikiki ist das der nächste Schlag für die Stadt!“



Aktuelle Videos



Am Rande des Plenums

Besuch bei der Besuchergruppe von Jan Feser



Kennenlernen unseres IPS-Stipendiaten



Kreisparteitag Gera - Jena - SHK



Rückblick auf die Plenarwoche

Mittwoch 25.3.2026

„Wir müssen als Bundesrepublik Deutschland unsere Interessen definieren. Wir müssen sie definieren, aber wir müssen sie auf der Welt auch durchsetzen“, sagte Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) in der Regierungsbefragung des Bundestages.

Dr. **Paul Schmidt (AfD)** thematisierte den Rückbau von Kernkraftwerken und wollte wissen, wann diese „Vernichtung von Volksvermögen“ gestoppt wird.

Mit der Bekämpfung von **Gewalt gegen Frauen und Mädchen** hat sich der Bundestag am Mittwoch in einer Aktuellen Stunde befasst. Fraktionsübergreifend forderten die Abgeordneten mehr Schutz für Frauen und mehr Einsatz gegen analoge und digitale Gewalt. Für die AfD-Fraktion kritisierte Kerstin **Przygodda** die Bundesregierung und insbesondere die CDU scharf. Es sei die CDU-geführte Bundesregierung gewesen, die mit „ihrer Politik der offenen Grenzen“ die Schuld an der steigenden Zahl der Gewalt gegen Frauen trage.

Der Bundestag hat den Gesetzentwurf der Bundesregierung „zur Neuordnung aufsichtsrechtlicher Verfahren und zur Änderung weiterer Vorschriften im Bereich der rechtsberatenden Berufe“ beraten und im Anschluss an die Debatte in die Ausschüsse überwiesen. **Stephan Brandner (AfD)** sagte in seiner Rede dazu: „Sperrig und sammelnsurisch kommt er daher, Ihr Gesetzentwurf zur Neuordnung aufsichtsrechtlicher Verfahren und zur Änderung weiterer Vorschriften im Bereich der rechtsberatenden Berufe – mit über 330 Seiten, mit der Änderung von rund 40 Gesetzen und Verordnungen. Nicht nur Schlechtes – das muss man gleich dazu sagen –, aber dass der Rechtsstaat damit für die Bürger – und auf die kommt es ja letztendlich an – besser wird, das kann man hier nicht behaupten. Was tun Sie gegen die Politisierung der Gerichte in Deutschland, insbesondere der Verfassungsgerichte in Bund und Ländern? Warum haben Sie sich gegen die Bestenauslese entschieden und verschworen und kartellähnlich zusammengeschlossen, um das Vorschlagsrecht, gefolgt von einer Wahlgarantie, auf einige wenige politische Parteien, nämlich die hier sitzenden, zu beschränken? Oder ein anderes Beispiel, ein anderes Problem in unserem Rechtsstaat, das grundsätzlich angegangen werden muss: die Gewaltenteilung in Deutschland in der Justiz, nämlich die der weisungsabhängigen Staatsanwälte von Politikern, also von Justizministern. Das wäre mal ein großer Wurf gewesen, den Sie hier hätten einbringen können. Kritik daran gibt es übrigens allenthalben, nicht nur bei der AfD. Aber Sie bleiben still. Das ist schade. Das sind die wahren Probleme, die angegangen werden müssten, nicht die 330 Seiten, die ich hier mitgebracht habe. Das ist wirklich Klein-Klein, interessiert draußen im Wesentlichen keinen. Aber Sie wollen lieber formalistische Trippelschritte. Wir wollen lieber einen großen Wurf und gucken mal, was dann hinterher aus diesen 330 + x Seiten wird.“

Der Bundestag hat einen Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel „**Eine wirkliche Migrationswende braucht eine reformierte Einbürgerungspolitik**“ zurückgewiesen. Die AfD-Fraktion drang auf eine „umfassende Reform des Staatsbürgerschaftsrechts“. In ihrem Antrag forderte die Fraktion, die „Ampelreformen von 2024“ rückgängig zu machen und insbesondere die regelmäßige Zeit bis zur Einbürgerung wieder auf acht Jahre zu erhöhen. Weiterhin sollten der Fraktion zufolge Ausnahmen von dem Grundsatz, dass der Antragsteller die Anforderungen einer Sprachprüfung der Stufe B1 erfüllen muss, weitgehend zurückgenommen werden, ebenso Ausnahmen von der Pflicht, den eigenen Lebensunterhalt sicherzustellen. Ferner plädierte die Fraktion unter anderem dafür, „eine wirksamere Prüfung einzuführen, um sicherzustellen, dass die deutsche Staatsbürgerschaft nur solche Personen erhalten, die mit den Grundsätzen unserer Verfassung und den zentralen Wertentscheidungen unserer Gesellschaft übereinstimmen“.



Rückblick auf die Plenarwoche

Donnerstag 26.3.2026

Der Bundestag hat am Donnerstag ein Maßnahmenpaket gegen überhöhte **Spritpreise** beschlossen. **Leif-Erik Holm** (AfD) ließ kein gutes Haar an dem Gesetzesvorschlag. Weder die 12-Uhr-Regel noch die Verschärfung des Wettbewerbsrechts würden zu Preissenkungen an Tankstellen führen. „Möglicherweise werden dadurch die Preise sogar im Durchschnitt steigen, wie Experten sagen“, so Holm. Die Hälfte des Spritpreises bestehe aus staatlichen Abgaben. „Es kann nicht sein, dass der Staat sich auf Kosten der Autofahrer und der Unternehmer saniert.“

Die AfD-Fraktion will **„Gewalt und andere Formen schwerwiegender Übergriffe an Schulen systematisch erfassen, untersuchen und durch geeignete Maßnahmen verhindern“**. Ein so betitelter Antrag ist am Donnerstag erstmals im Bundestag beraten worden. Dr. Götz Frömming (AfD) sprach zu Beginn der Debatte von 743 Messerangriffen, die es im Jahr 2024 an Schulen gegeben habe. Weitere 284 Straftaten mit Messern habe es bei schulischen Veranstaltungen gegeben. Auch Lehrkräfte würden an den Schulen „beschimpft, beleidigt und angegriffen“. Inzwischen sprengten die Dimensionen jedes Maß, was mit der Migration zu tun habe. Schließlich wisse jeder Lehrer, aus welchen Ländern die Problemschüler überwiegend kämen. „Es ist nicht Österreich oder Dänemark und auch nicht Japan oder Korea“, sagte Frömming.

In einer kontroversen Debatte haben die Abgeordneten über die **beitragsfreie Familienversicherung** als Bestandteil der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) beraten. Martin Sichert (AfD) sagte, die Regierung plane gleich mehrere Neuregelungen zu Ungunsten der Familien. So sei eine Anhebung der Mehrwertsteuer ebenso im Gespräch wie die Abschaffung des Ehegattensplittings und nun auch die Abschaffung der Familienversicherung in der GKV.

Die Forderung der AfD-Fraktion nach einer **abstrakten Normenkontrolle beim Bundesverfassungsgericht wegen des Bundeshaushaltsgesetzes 2025 und 2026 sowie des Gesetzes zur Errichtung eines Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK)** wurde am Donnerstag abgelehnt. In dem Antrag wird geltend gemacht, dass die kreditfinanzierte Ausgestaltung des Sondervermögens mit einem Volumen von 500 Milliarden Euro verfassungswidrig sei. Stephan **Brandner** (AfD) sagte dazu: **„Es sieht wie folgt aus: Staatsverschuldung auf Rekordniveau; Zinskosten von ungefähr 150 Milliarden Euro. Da geht es nur um Zinsen; über Tilgung spricht kein Mensch mehr in Deutschland. Billionenschulden haben wir. Und dann kamen Sie von SPD, CDU/CSU und Grünen noch auf die Idee, ein Sondervermögen aufzulegen und dafür mit alten Mehrheiten, mit dem abgewählten Bundestag, den Weg zu ebnen, weil neue Mehrheiten für Sie gar nicht in Sicht waren. Das war schäbig, und das war durchsichtig. Unter Bruch sämtlicher Versprechen wurden dann vom abgewählten 20. Bundestag in einer verfassungsfeindlichen Nacht-und-Nebel-Aktion nach der bereits erfolgten Neuwahl mit Zustimmung der Grünen 500 Milliarden Euro Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität beschlossen. Ein Investitionsfeuerwerk wurde den Bürgern versprochen. Ein massiver Teil der bisherigen Mittel wurde zweckentfremdet. Die Grünen – wir haben es hier gehört – weinen heute Krokodilstränen, fühlen sich getäuscht und sagen: Wir würden gerne klagen, wir trauen uns aber nicht; die AfD könnte zustimmen. Also, wenn Sie wirklich etwas für Deutschland und für die kommenden Generationen tun wollen, dann schließen Sie sich unserem Antrag hier, heute und jetzt an. Stellen Sie Ihre ideologische Verblendetheit einmal zurück.“**

Der Bundestag hat am Donnerstag erstmals einen Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel „Sozialleistungsbetrug effektiv bekämpfen – Kommunen entlasten – Ordnung und Sicherheit stärken“ beraten. Dem Antrag zufolge soll die Bundesregierung die gesetzlichen Grundlagen so erweitern, dass die Finanzkontrolle Schwarzarbeit in sogenannten „Problemimmobilien“ regelmäßig gemeinsam mit kommunalen Behörden Kontrollen durchführen kann, „hierfür eigenständige Prüfanlässe erhält und ihre Ermittlungen gezielt auf den Verbund von illegaler Beschäftigung und organisiertem Sozialleistungsmisbrauch ausrichten kann“.



Rückblick auf die Plenarwoche

Freitag 27.3.2026

Der Deutsche Bundestag hat am Freitag die Reform der privaten Altersvorsorge beschlossen. Damit soll das bisherige Riester-Sparen ersetzt werden. **Christian Douglas (AfD)** begrüßte die erhöhte Kinderzulage und den neu geschaffenen Zugang für Selbstständige. Bei der Begrenzung der Maximalkosten habe man sich eine niedrigere Obergrenze gewünscht: „Es soll schließlich nicht ein Konjunkturprogramm für Vertriebler werden, sondern Sparern zugute kommen.“ Douglas kritisierte das staatliche Angebot wegen drohender Interessenkonflikte. Gebraucht würden eindeutige Regeln, weil sonst die Gefahr bestehe, dass der Fonds bei der nächsten Finanzkrise wie damals in Griechenland in Anleihen von Pleitestaaten investieren werde. Die deutschen Sparer würden damit die hohen Risiken und Schulden anderer Länder übernehmen. Außerdem drohe eine ideologische Mittelverwendung, wie bereits im Antrag der Grünen deutlich werde, wonach nicht in fossile Geschäftsmodelle investiert werden dürfe.

Schleppende Nachfrage, falsche Modellpolitik, Standortprobleme, Konkurrenz aus China, fallende Gewinne, Arbeitsplatzabbau, und nun auch noch Werkschließungen: Das sind die Schlagzeilen aus der deutschen Automobilindustrie. Hersteller wie Volkswagen (VW), Mercedes-Benz und Porsche, und damit große Teile der deutschen Automobilindustrie, befinden sich in einer tiefgreifenden Krise. Im Bundestag debattierten die Abgeordneten über zwei Anträge der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke zu Vorschlägen, wie die Zukunft der Automobilindustrie in Deutschland aussehen könnte. „Die Existenzkrise der deutschen Automobilindustrie ist keine Überraschung, sondern das direkte Ergebnis des Verbrennerverbots“, sagte Marc Bernhard (AfD). Die Bundesregierungen der vergangenen Jahre seien dafür verantwortlich, dass Automobilhersteller wie BMW und Audi ihre Produktion ins Ausland verlagerten und dort weiter Autos mit Verbrennermotoren herstellten und verkauften.

Der Bundestag hat am Freitag erstmals über einen Antrag der AfD-Fraktion mit dem Titel **„Preisexplosion im Gastronomiegewerbe verhindern - Arbeitsplätze sichern - Bürokratie abbauen“** diskutiert. Nach der Senkung der Mehrwertsteuer für Speisen in Gastronomiebetrieben von 19 auf sieben Prozent zu Beginn dieses Jahres fordert die AfD-Fraktion auch eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Getränke in der Gastronomie von 19 auf sieben Prozent. Außerdem fordert die AfD-Fraktion, auf die Einführung einer umfassenden Herkunftsbezeichnung für Fleisch auf Speisekarten zu verzichten. Speisekarten sollten lesbar bleiben und nicht zu „bürokratischen Beipackzetteln“ werden. Die genaue Herkunft des Fleisches könnten Gäste durch Nachfrage beim Servicepersonal der Restaurants erfahren. Die Bürokratiebelastung soll ebenfalls reduziert werden, indem zum Beispiel Saisongerichte von der Allergen-Kennzeichnungspflicht ausgenommen werden und den Unternehmen die Dokumentation von Hygienevorschriften digital ermöglicht wird. Die Ertragskraft des Gastgewerbes müsse erhöht werden, um seine Überlebensfähigkeit zu sichern und den Deutschlandtourismus zu stärken, fordert die AfD-Fraktion.

Die Bundesministerin für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Karin Prien (CDU), hat vor dem Bundestag die geplante Neuaufstellung des Förderprogramms **„Demokratie leben“** verteidigt. Martin Reichardt (AfD) reichen die von Prien geplanten Veränderungen bei weitem nicht aus. „Wir wissen bis heute nicht, in welche linksextremen Kanäle unser Steuergeld versickert.“ Das müsse sich ändern, forderte der AfD-Abgeordnete.



BÜRGERDIALOG in Nobitz OT Wilchwitz

30.03.26 | 18.00 Uhr

Vereinshaus am Dorfplatz
Dorfplatz 3
04603 Nobitz OT Wilchwitz

KOMMEN SIE VORBEI!
Eine Anmeldung ist
nicht erforderlich.

Mit

Stephan Brandner MdB

Prof. Dr. Michael
Kaufmann MdB

Thomas Hoffmann MdL



Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG



STEPHAN
BRANDNER

Die nächsten Termine

MITTAGSPAUSE MIT BRANDNER



Bad Köstritz

31. März 2026

12:00 Uhr

Anmeldung unter:
stephan.brandner.ma04@bundestag.de

AfD



BÜRGERABEND

31. MÄRZ 2026

AB 18:00 UHR

THEMA:
BERICHT AUS DEN PARLAMENTEN

**BÜRGERSAAL IM RATHAUS
DER STADT HILDBURGHAUSEN**

ZU GAST:
STEPHAN BRANDNER
MITGLIED DES BUNDESTAGES

NADINE HOFFMANN
MITGLIED DES LANDTAGES

AfD



Zuschuss zur Klassenfahrt

Zuschuss zu eurer Klassenfahrt nach Berlin:

Mehr Infos unter
stephan.brandner.ma03@bundestag.de

STEPHAN BRANDNER
stellv. Bundesvorsitzender

AfD

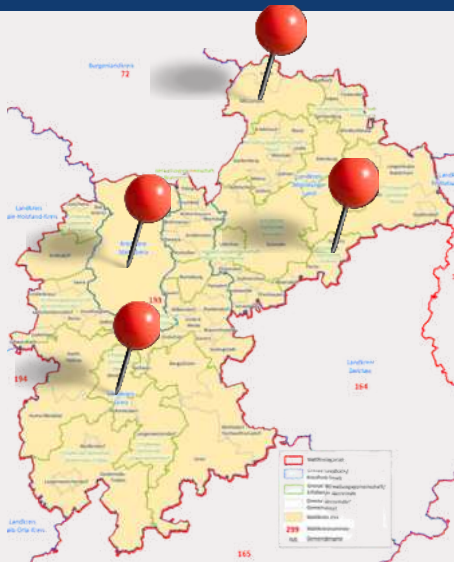


**STEPHAN
BRANDNER**

Wir sind für Sie da:

Wahlkreisbüro Gera
Rudolf-Diener-Straße 21,
07545 Gera
Tel.: 03 65 - 20 42 41 30
Fax: 03 65 - 22 69 12 50
kontakt@brandner-im-
bundestag.de
Geöffnet: Di.-Do. 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Gößnitz
Zwickauer Straße 11,
04639 Gößnitz
Tel.: 03 44 93 - 25 95 13
goessnitz@brandner-im-
bundestag.de
Geöffnet: Do. und Fr. 10-17
Uhr



Wahlkreisbüro Meuselwitz
Bebelstraße 21,
04610 Meuselwitz
meuselwitz@brandner-im-
bundestag.de
Geöffnet: Di. 10-17 Uhr

Wahlkreisbüro Weida
Platz der Freiheit 9,
07570 Weida
weida@brandner-im-bundestag.de
Geöffnet: Do. 10-17 Uhr und jeden 1.
Samstag im Monat: 8-11 Uhr

Besuchen Sie mich auch im Netz

-  www.facebook.com/stBrandner
-  www.instagram.com/stephanbrandner
-  www.youtube.com/c/stephanbrandnerafd
-  t.me/StephanBrandnerMdB
-  www.tiktok.com/@brandner_afd
-  <https://twitter.com/BrandnerSt>

